

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 10

Artikel: Willy Brandt unter uns
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338558>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

Willy Brandt unter uns

Dass es Willy Brandt übernommen hat, am Parteitag in Interlaken teilzunehmen und durch eine Ansprache diesen Kongress der schweizerischen Sozialdemokratie zu bereichern, wissen wir heute – gerade heute – ganz besonders zu schätzen und zu würdigen. Sein Auftreten in Interlaken fällt in eine Zeit, da er in seinem Heimatland vor der schwersten Belastung seines politischen Lebens steht. Mit Sympathie verfolgen wir den harten Kampf, den er nach Auflösung des Bundestages gegen den massiven Ansturm der politischen Rechtskreise zu führen hat. Wir alle fühlen, dass das Ringen um die soziale Demokratie der Bundesrepublik Deutschland auch uns angeht. Dieses Geschehen kann uns um so weniger gleichgültig sein, als in dem zur Integration strebenden Europa die Bedeutung der Landesgrenze immer mehr relativiert wird. Jeder Anschlag auf die soziale Demokratie, wo immer er auch in Europa geführt wird, muss unsere lebendige Anteilnahme und unser solidarisches Mitgefühl wecken.

Wer sich frei weiss von politischer Intoleranz und Engstirnigkeit, wird nicht bestreiten können, dass Willy Brandt an seiner überaus schweren Aufgabe der letzten Jahre gewachsen ist und sich zu einem in der ganzen Welt anerkannten Staatsmann entwickelt hat. Durch die Verleihung des Friedensnobelpreises fand denn auch sein Streben und Wirken die verdiente Würdigung. Das durch das norwegische Parlament bestellte Nobelpreiskomitee erkannte in der Begründung für die Verleihung des Friedensnobelpreises übereinstimmend:

«Während der gesamten Nachkriegsperiode stellte die politisch unge löste deutsche Frage eine latente Gefahr für den Frieden dar . . . Als Führer der Bundesrepublik Deutschland und im Namen des deutschen Volkes hat Willy Brandt seine Hand zur Versöhnung zwischen Völkern ausgestreckt, die lange Zeit Feinde waren.

Im Geiste des guten Willens hat er ausserordentliche Ergebnisse bei der Schaffung von Voraussetzungen für Frieden in Europa erzielt. Politische und militärische Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa ist eine Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung.»

Mit seiner konsequenten Friedenspolitik und seinen Bemühungen um den sozialen Ausbau der Demokratie stiess Willy Brandt rasch genug auf den erbitterten Widerstand aller jener Kreise, welche in der Bundesrepublik Deutschland mit zurückgewandtem Blick Politik betreiben und die bestehenden Verhältnisse zementieren möchten. Am Bildschirm wurde uns eindrücklich, mit welch verwerflichen Mitteln der Kampf seitens der CDU/CSU geführt wird. Der Grundsatz «Der Zweck heiligt die Mittel» scheint offenbar die oberste Maxime einer Opposition zu sein, deren Parteien noch immer das grosse C im Namen führen.

Der Konservatismus, wie er sich so offensichtlich in der Politik der Opposition gegen Willy Brandt spiegelt, hat auch in unserem Lande recht einflussreiche Komplizen. Als Beweis dafür nenne ich den von «NZZ»-Chefredaktor *F. Luchsinger* verfassten Leitartikel vom 24. September 1972 «Gescheiterte Regierung Brandt». «Das Debakel» – so führt der Herr Chefredaktor aus – «ist nicht nur von widrigen Zufällen verursacht, sondern hat seine Gründe in der Politik, für die die Verantwortung festliegt und umschrieben werden kann.» Die «NZZ» hat denn auch nie ein Hehl daraus gemacht, wie wenig sie der Politik der Regierungskoalition in Bonn abzugewinnen vermag. Wir sind dem Freisinnigen *F. Luchsinger* gewiss nicht gram, dass er kein Verständnis für die sozialdemokratische Politik von Willy Brandt zeigt. Weniger verständlich ist aber, dass der freisinnige Chefredaktor für die Politik der Freien Demokraten, das heisst für die Liberalen in Deutschland, auch *nicht ein* Wort der Anerkennung oder wenigstens eines Zugeständnisses findet. Verräterisch gesteht er damit ein, welches sein Verhältnis zum Liberalismus von heute ist. Wohl diente der Liberalismus zunächst der Befreiung der ökonomischen Kräfte aus den Bindungen des ständisch-absolutistischen Staates. Aber bald zeigte sich, dass für die Liberalen nicht mehr die Befreiung aller unterdrückten Klassen, sondern nur die Sicherung der Freiheit der besitzenden Klasse zur Debatte stand. So ist denn auch die freie Wirtschaft noch nie eine freie Wettbewerbswirtschaft gewesen; denn an jenem «freien» Spiel nehmen auch heute noch höchstens 10 Prozent der Bevölkerung teil. Die wirklich liberal denkenden Freien Demokraten haben deshalb richtig erkannt, wohin diese Art von Liberalismus führen muss. Es konnte ihnen nicht entgehen, dass die kapitalistische Wirtschaft zwar einen Teil der arbeitenden Massen aus ihrem wirtschaftlichen Elend zu befreien vermochte, aber nicht in der Lage war, etwas für ihre menschliche Entwicklung zu tun (denn für diese Art von Wirtschaft ist nur interessant, was keine Kosten verursacht, aber dafür Profite abwirft). So wird auch klar, weshalb den Liberalen unter der Führung von Walter Scheel die SPD näherstehen muss als die Parteien, die sich euphemistisch CDU/CSU nennen. Die Freien Demokraten der BRD haben somit auf die richtige Seite gewechselt. Dies wird ihnen vom Rechtsfreisinn unseres Landes als unverzeihlicher Verrat angekreidet, und so erklärt sich auch, weshalb die

«NZZ» den Konservativen Deutschlands nähersteht als den Liberalen. Darum wohl das milde Urteil – um nicht zu sagen die verstohlene Sympathie – der «NZZ» zugunsten der «Überläufer», welche für die Patt-situation im deutschen Bundestag verantwortlich waren.

Im Zusammenhang mit dem politischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland wird einmal mehr offenbar, von welchem konvervativem Geist der Freisinn unseres Landes geprägt ist. Der Kampf, der in unserem Nachbarland gegen die konservativen Kräfte geführt wird, ist deshalb geeignet, unseren Blick auf die politische Landschaft unseres Landes zu schärfen und uns vor trügerischen Vorstellungen zu bewahren. Der Kampf von Willy Brandt ist auch unser Kampf.

Hoffentlich bleibt Willy Brandt noch lange unter uns.

Im Jahre 1972 müssen wir möglichst vielen Menschen durch unser Verhalten, im Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen, mit Nachbarinnen und Nachbarn zu verstehen helfen, dass unser strategisches Ziel «Sozialer Ausbau der Demokratie» und eine konsequent feste Friedenspolitik ihren eigenen konkreten Lebensinteressen entsprechen und dass es lohnt, mit den Sozialdemokraten Schritt für Schritt diesem Ziel zuzugehen.

Herbert Wehner